

Potsdam, 05.03.2026

Pressemitteilung der KIKO Brandenburg und des Netzwerks der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. zum feministischen Kampftag am 8. März 2026

Feministischer Kampftag für wirksamen Gewaltschutz, für echte Gleichstellung und für eine Politik, die Frauen und Kinder konsequent schützt.

Anlässlich des feministischen Kampftags am 8. März fordern das Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser und die KIKO Brandenburg: Gleichstellung darf kein symbolisches Bekenntnis mehr bleiben. Der 8. März ist ein Startpunkt für konsequentes politisches Handeln. Feministische Errungenschaften und Kämpfe für eine wahre Gleichstellung sind die Basis für einen wirksamen Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewaltprävention.

Die aktuelle Dunkelfeld-Studie macht deutlich, dass geschlechtsspezifische Gewalt auch in Brandenburg ein erhebliches und vielfach unsichtbares Ausmaß hat: Die brandenburgische Polizei erfasste 6.790 Fälle häuslicher Gewalt im Jahr 2024. Die Dunkelfeldstudie hat festgestellt, dass innerhalb von (Ex-)Partnerschaften die Anzeigequoten psychischer und körperlicher Gewalt unter fünf Prozent liegt. Die Zahlen sind enorm, sie steigen, und sie sind nicht hinnehmbar.

Die Frauenhäuser, Notwohnungen und Fachberatungsstellen begegnen dieser Realität tagtäglich – mit hoher Fachlichkeit, aber häufig unter prekären finanziellen und strukturellen Bedingungen. Eine verlässliche, bedarfsgerechte Finanzierung sowie der flächendeckende Ausbau von Schutz- und Beratungsangeboten sind daher unerlässlich und überfällig.

„Gleichstellung und Gewaltschutz sind konkrete staatliche Verantwortung“, erklärt Therese Westphal, Referentin der KIKO Brandenburg. „Die neue Landesregierung muss zeigen, dass sie Frauenrechte und Gewaltschutz lebt – in Gesetzen und Haushalten.“

„Die Gewalt steigt, aber die Verantwortung wird weiter von A nach B und wieder zurückgeschoben. Das muss aufhören, stattdessen müssen Gewaltschutz und Prävention ressortübergreifend und auf allen Ebenen angepackt werden. Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht und staatliche Pflichtaufgabe. Dazu gehören verpflichtende Fortbildungen in den Institutionen, eine konsequente Anwendung schon bestehender Schutzinstrumente, Ausbau der Täterarbeit und der Fachberatungen. Unsere Schutz- und Hilfestrukturen müssen verbreitert, nachhaltig gesichert und dauerhaft finanziert werden,“ macht Catrin Seeger, Vorstandsfrau des NbF e.V., deutlich.

Der 8. März erinnert seit 1911 daran, dass Gleichstellungspolitik kein Randthema ist. Sie ist Voraussetzung für eine gerechte, demokratische Gesellschaft. Das Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. und die KIKO Brandenburg fordern die Landespolitik auf, klare Prioritäten zu setzen: für wirksamen Gewaltschutz, für echte Gleichstellung und für eine Politik, die Frauen und Kinder konsequent schützt.

Für weitere Informationen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an:

Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. (NbF),
Alter Markt 6 | 14467 Potsdam
Maren Küster, Koordinatorin für Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung
koordinierung@nbfev.de
Telefon: 0331 813 298 47 / 0151 420 489 48

Kontaktstelle der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Brandenburg (KIKO)
Träger: Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. (NbF),
Alter Markt 6 | 14467 Potsdam
Alina Robben, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
kontakt@kiko-brandenburg.de
Telefon: 0331 813 298 46

Hintergrund: Bundesweite Dunkelfeldstudie zu geschlechtsspezifischer Gewalt

Die am 10.02.2026 von [BKA, BMI und BMBFSFJ veröffentlichte Studie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag“ \(LeSuBiA\)](#) ist die erste bundesweite Dunkelfeldstudie seit über 20 Jahren. Zentrale Ergebnisse sind: Fast jede und jeder Zweite hat psychischer Gewalt in der aktuellen oder früheren Partnerschaft erlebt (48,7 % der befragten Frauen und 40 % der Männer), jede sechste Person körperliche Gewalt. Dabei ist Gewalt gegen Frauen laut der Studie brutaler, die Verletzungen schwerer. Jede fünfte von Partnerschaftsgewalt betroffene Frau gibt an, dass sie bereits Angst um ihr Leben hatte. Rund 36 % der Frauen erlebten in den vergangenen fünf Jahren sexuelle Belästigung, 4 % sexuelle Übergriffe (Männer: 16 % und 1,4 %). Junge Menschen sind nahezu von allen Gewaltformen deutlich häufiger betroffen als ältere Menschen. Weitere, im Vergleich zur restlichen Bevölkerung besonders stark mit Gewalt konfrontierte Gruppen, sind Personen mit Migrationshintergrund – auch hier vor allem Frauen – sowie Angehörige der LSBTIQ*-Community. Die Anzeigequote liegt in allen Phänomenbereichen unter 10 %, bei Gewalt innerhalb der (Ex-)Partnerschaft unter 5 %, bei sexuellen Übergriffen auf Frauen unter 3 %.

Hintergrund: Hellfeld geschlechtsspezifischer Gewalt in Brandenburg

Das sogenannte Hellfeld häuslicher Gewalt ist in den polizeilichen Kriminalstatistiken erfasst. Laut [Polizeilicher Kriminalstatistik Brandenburg](#) nahmen im Jahr 2024 die Fallzahlen im Zusammenhang mit Häuslicher Gewalt sowohl im Zweijahres- als auch im Fünfjahresvergleich (7,4 % bzw. 8,6 %) auf 6.790 Fälle zu. Etwa zwei Drittel der Fälle der Häuslichen Gewalt waren Körperverletzungen. Zugenommen haben auch verzeichnete Bedrohungen (+12,4 % auf 1.054 Fälle). Fälle der Häuslichen Gewalt finden größtenteils in der Partnerschaft statt (68,2 %). Im Jahr 2024 wurden 19 gegen Frauen gerichtete Fälle von Mord und Totschlag registriert, davon zwölf vollendete Femizide, davon

fünf durch einen Partner oder Ex-Partner. Auch bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren über 80% der Opfer weiblich.

Über das NbF e.V.

In Brandenburg gibt es aktuell 17 Frauenhäuser, 2 Frauennotwohnungen und 3 Frauenberatungsstellen. Die Einrichtungen sind im Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V. (NbF) zusammengeschlossen. Der Verein gründete sich im März 1995, sein Vorstand arbeitet ehrenamtlich, seine Projekte werden vom Land Brandenburg gefördert. Ziele der Arbeit sind die Vernetzung und Weiterbildung der Mitgliedsorganisationen, die Vertretung ihrer Anliegen gegenüber Politik und Verwaltung und das Einsetzen für einen allgemeinen Bewusstseinswandel, der Gewalt gegen Frauen als ein gesamtgesellschaftliches Problem adressiert und seine Ursachen bekämpft.

Über die KIKO Brandenburg

Die KIKO dient NGOs und der Trägerlandschaft im Land Brandenburg als Informations- und Vernetzungsstelle. Ziel ist der Aufbau und die Koordinierung eines interdisziplinären Netzwerkes, sowie Öffentlichkeitsarbeit zur Umsetzung der Vorgaben des "Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)" im Land Brandenburg. Die KIKO Brandenburg ist ein Projekt des NbF e.V.